Mit farbig illustriertem „Ulk"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer in Berlin 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

Erscheint wöchentlich zweimal mit illustr. Sportblatt. Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Illustrierte Film-Zeitung", „Photo-Spiegel", „ULK", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,20, monatlich 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3462, für den Fernverkehr 4207 4209.) Telegramm-Adresse: „Berliblatt", Berlin Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis Die 12ns.Spalt. Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49. Filialen: Babitz, 61; Blücherstr. 69; Fennstr 1; Fidicinstr. 9; Frankfurter Allee 286 u. 340; Greifswalder Str 197; Große Frankfurter Str. 101; Kochhannstr. 9; Königstr. 19; Köpenicker Str. 67/68; Moritzplatz; Müllerstr. 135; Potsdamer Str. 33; Rathenower Str. 3; Rheinsberger Str. 79; Rosenthaler Str. 45; Schiffbauerdamm 4; Schönhauser Allee 144; Turmstr. 61; Wiener Str. 1—6; Zimmerstr. 50. Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 54; Nürnberger Str. 25/26; Scharrenstr. 39; Tauentzienstr. 2; Cöpenick: Schloßstr. 1; Friedenau: Rheinstr 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstraße 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Pankow: Borkholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schloßstr 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krillestr 7; Weißensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13; Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Frankfurt a. d. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 534
Ausgabe für Berlin

56. Jahrgang
Freitag, 11. November 1927

Die „Innere revolutionäre Organisation" in Mazedonien.

Eine Unterredung.

(Von unserem Korrespondenten.)

Sofia, im November.

Gleich nach Neuilly hat Nikola Paschitsch den Ausspruch getan, daß es nach zehn Jahren eine mazedonische Frage nicht mehr geben würde. Volle acht Jahre sind seit damals vergangen, und dieses unglückselige Problem ist aktueller und gefahrdrohender als je zuvor. Paschitsch hat die zähe Ausdauer der mazedonischen Irredentisten, ihre Todesverachtung, zu gering eingeschätzt, die Skrupellosigkeit und Verwegenheit in der Wahl der Kampfmittel und Methoden offenbar verkannt.

Im Zentrum von Sofia, nahe beim Gebäude der Bulgarischen Nationalbank, hat das „Mazedonische Nationalkomitee" seinen Sitz. Es ist dasselbe Haus, in dem gleich nach dem Kriege das französische Besatzungskommando untergebracht war. Vor dem Haustor ein Firmenschild bulgarisch und französisch: „Comité National Macédonien", im ersten Stock mehrere mit modernen Bureaumöbeln ausgestattete Räumlichkeiten. Angestellte eilen hin und her, Schreibmaschinen klappern, Parteien treten ein und aus. Wie in einer Bank oder in einem größeren kommerziellen Unternehmen. Hier hat die promazedonische Agitation Bulgariens ihren Zentralsitz. Wohlgemerkt, die „legale" Organisation, nicht die gefürchtete J. M. R. O. (Innere mazedonische revolutionäre Organisation), denn diese ist unauffindbar, überall und nirgends.

In diesem Zimmer habe ich im April dieses Jahres mit Mentscha Krnitschewa, der mazedonischen Charlotte Corday, eine längere Unterredung gehabt. Sie hatte zwei Jahre vorher auf Befehl der J. M. R. O. den abtrünnigen Woiwoden Panizza in einer Loge des Wiener Burgtheaters erschossen. Noch ist mir ihre Schilderung der Mordtat lebendig im Gedächtnis, als sie mit geradezu verblüffender Offenherzigkeit zu mir sagte: „Als ich neben Panizza in der Loge saß, empfand ich eine freudige Beruhigung, daß er meinem Ziele nicht entgehen konnte; es war die Befriedigung über den nahezu verbürgten Erfolg . . ." Und dann weiter: „Nachdem die Schüsse in meinem Gehör verhallt waren, fühlte ich mich von einer lebhaften Neugierde durchzuckt, ob Panizza tot sei oder ob ich ihn am Leben gelassen hatte. Als ich meiner Sache ganz sicher war, fühlte ich mich von einer eigenartigen Ruhe beherrscht, die jede andere Lebenssorge verdrängte . . ." So schildert ein gebrechlich zartes mazedonisches junges Weib im leichten Plauderton seine Mordtat, die in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt hat.

Heute betraf die Unterhaltung mit einem Herrn vom Sekretariat des mazedonischen nationalen Komitees das Wesen der mazedonischen Irredenta, Entstehung, Werdegang, Ziele, Organisation, Mittel und ihre hervorragenden Gestalten. „Die Organisation als solche besteht seit 1891," begann mein Gewährsmann, „mazedonische Studenten der Universität Sofia gründeten einen Jugendverein, die „Mlada Makedonska Druzina", und gaben eine Monatsschrift, die „Loza" (Weinstock), heraus, um die breitere bulgarische Oeffentlichkeit mit den ethnischen, geographischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen im damaligen türkischen Mazedonien bekanntzumachen. An der Spitze standen unter anderen Professor Dimitar Matow, ein Ethnograph von Bedeutung, ferner die noch am Leben befindlichen Professoren Ljubomir Miletitsch und Iwan Gheorghiew. Als das Mitglied des damaligen Kabinetts Stambulow, Minister Beltschew, in Sofia ermordet wurde, löste Stambulow den Verein auf, und die „Loza" stellte ihr Erscheinen ein. Der eigentliche Gründer der J. M. R. O., Woiwode Damian Gruew, mußte damals aus Bulgarien fliehen und wurde später im Kampfe gegen die Türken getötet. Unter den hervorragenden Kämpfern für Mazedonien sind noch zu nennen: Iwan Hadschi-Nikolow, Dr. Tatardschiew und Gotze Deltschew. Letztgenannter ist gleichfalls im Kampfe gegen die Türken gefallen. Das illegale revolutionäre Zentralkomitee in Saloniki gründete in Bulgarien „legale" Vereinigungen für Wohltätigkeitszwecke, und aus diesen ist als europäische Zweigstelle des revolutionären Komitees eine mazedonische Zentrale in Sofia hervorgegangen."

„Die Serben", fuhr er fort, „haben erst nach 1878 ihr Augenmerk auf den Wardar und nach Saloniki zu richten begonnen, nachdem sie die Bezirke Pirot, Nisch und Wranja, das sogenannte Morawagebiet, gewissermaßen als Geschenk erhielten, obwohl auch die Bevölkerung dieses Gebiets mit den anderen bulgarischen Patrioten für das Bulgarentum gekämpft hatte und sich als Bulgaren fühlte. Als die Serben auch zur Erkenntnis kamen, daß Oesterreich-Ungarn sie nimmermehr an die Adria heranlassen würde, eröffneten sie ihre Propaganda nach der Seite des geringeren Widerstandes, nach dem mazedonischen Süden und Saloniki. Dasselbe Spiel wiederholen die Serben auch jetzt, angesichts des italienischen Widerstandes an der Adria; sie sind auch jetzt zu Zugeständnissen an der Adria bereit, nur um nach Saloniki gelangen zu dürfen. Aber sie werden in Saloniki nicht nur auf die Griechen stoßen, mit denen sie vielleicht rasch fertig würden, sie werden dort die Engländer treffen, denn Saloniki ist in Wirklichkeit eher englisch als griechisch. Das wissen wir Mazedonier genau. Darin liegt die Tragik der großserbischen Expansionspolitik.

Die J. M. R. O ist eine selbständige politische Organisation; sie hat ihre eigenen politischen Ideale und Ziele, die mit der staatlichen Politik Bulgariens nichts gemeinsam haben. Ganz im Gegenteil sind wir Mazedonier Gegner der bulgarischen politischen Richtung und bekämpfen sie aufs schärfste. Seit Stojilow über Stambulow und Stambolijski bis auf den heutigen Tag dauert dieser Kampf unentwegt an. Die Politik Bulgariens verleugnet und verkennt zu oft die Interessen Mazedoniens. Sie war es, die im Jahre 1911 in einem Uebereinkommen mit Serbien und ein Jahr später durch Schaffung des berüchtigten „Balkanbunds" einer Zerstückelung und Aufteilung Mazedoniens zustimmte; sie hat dann durch die Konvention mit Griechenland über den „freiwilligen" Austausch der mazedonischen Bevölkerung den unerhörten Jammer der Flüchtlingsmassen heraufbeschworen, und jetzt noch läßt Bulgarien in der Versorgung der Flüchtlinge, in der Wahrung und Verteidigung der vertraglich zugestandenen Rechte zugunsten der mazedobulgarischen und thrazischen Minderheiten in den Nachbarländern alles zu wünschen übrig. Es ist demnach absolute Entstellung und Irreführung, wenn von gegnerischer Stelle immer wieder gesagt wird, die J. M. R. O. sei das Instrument der Regierung von Sofia, mit dieser im Bunde und von ihr ausgehalten.

„So jung sie damals noch waren, haben die mazedonischen Revolutionäre die Lage am Balkan ganz richtig erkannt, viel richtiger jedenfalls als die bulgarischen Politiker. Schon 1878, als der Vertrag von San Stefano in Berlin annulliert wurde, wußten unsere revolutionären Führer genau, daß die westlichen Großmächte, England an der Spitze, ein Großbulgarien oder ein Großserbien mit Mazedonien nimmermehr dulden würden. Daher lautete schon damals ihre Losung: „Ein autonomes Mazedonien!", also weder serbisch noch bulgarisch, sondern ein Staat für sich. Diese Losung wurde auch im Statut von 1893 festgelegt, und daran halten wir heute noch unentwegt fest.

Wir sind nationale Bulgaren, haben aber mit der auswärtigen Politik der bulgarischen Regierung nichts gemein. Unsere revolutionäre Organisation ist in Mazedonien selbst geboren und hat jetzt noch in Mazedonien ihren Sitz und Nährboden. Es ist unwahr, daß die J. M. R. O. von Bulgarien aus die terroristische Aktion leitet und Komitadschis ausschickt. Sie lebt dort, im Lande selbst, und setzt sich aus der bulgaromazedonischen Einwohnerschaft zusammen. Diese Einwohner, sonst friedfertige und arbeitsame Menschen, führen die Befehle der J. M. R. O. still und getreulich aus, leiden und sterben für das Ideal der Freiheit. Der schlichte Schneider Liliukow, einer von den Mördern des Generals Kowatschewitsch, ist ein typisches Beispiel dafür. Bis zum Tage des Attentats lebte und arbeitete er still und unbekannt in Schtip, bis er in getreuer Ausführung des an ihn ergangenen Befehls zur Mordwaffe griff, die Tat ausführte und danach den Tod gefunden hat. Aber auch die Intelligenz, die akademische Jugend von Mazedonien, gehört mit Leib und Seele der revolutionären Organisation an, obgleich sie im letzten Jahrzehnt an serbischen Schulen und Universitäten ihre Ausbildung genossen hat. Die in Skoplje in Haft befindlichen mazedonischen Studenten, die jetzt eben abgeurteilt werden, haben weit mehr verbrochen, als die Serben eingestehen wollen; sie werden nicht deshalb verfolgt, weil sie bulgarische Zeitungen und Zeitschriften bezogen, sondern weil sie revolutionären mazedonischen Organisationen angehören und am mazedobulgarischen Ideal treu festhalten.

Das Zentralkomitee der J. M. R. O., bestehend aus den drei Führern Alexander Protogerow, Iwan Michailow und Gheorghi Pop-Christow, hat seinen Sitz in Serbisch-Mazedonien. In jedem Bezirk, in jeder Stadt und Gemeinde von Mazedonien bestehen revolutionäre Komitees mit eigenem Direktorium, das durch freie Wahl eingesetzt wird. Die Geldmittel werden von den Mitgliedern durch regelmäßige Beiträge und sonstige Zuwendungen aufgebracht. Es besteht dort ein ge-

Freigabebill und Gilbert-Brief.

Die Aussichten der Green-Bill.

Die Antwort Köhlers „nicht befriedigend". — Die Sorge um den Dawes-Plan.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Washington, 10. November.

Drei Blätter erörtern heute die Antwort des Finanzministers **Köhler an den Reparationsagenten,** die sie übereinstimmend als **nicht befriedigend** bezeichnen. „Wallstreet Journal" meint, die deutsche Antwort bringe keinerlei schlüssige Erwiderung auf Gilberts Vorwürfe. Gilbert Unkenntnis der deutschen Verhältnisse vorzuwerfen, sei abwegig, denn er habe durchaus den besonderen Umständen Rechnung getragen. Die deutsche Regierung sollte **seine wohlgemeinte Warnung ernst nehmen.** „Journal of Commerce" weist auf Köhlers Bemerkung hin, daß „politische Notwendigkeiten" zu berücksichtigen seien, wenn der Zahlungswille des deutschen Volkes beurteilt werden solle. Diese Einwendung habe, schreibt das Blatt, mit der verschwenderischen Finanzpolitik der deutschen Regierung gar nichts zu tun und sehe sehr nach einer Entschuldigung aus. Eine **Reform der deutschen Reichs- und Länderfinanzen sei unumgänglich.** „Baltimore Sun" bedauert, daß der Reichstagsausschuß beschlossen habe, die drei Gesetzentwürfe, gegen die Gilberts Kritik besonders gerichtet sei, nun doch in dem Plenum einzubringen. Daraus gehe hervor, daß Deutschland nicht gewillt sei, seine innerpolitischen Wünsche gegenüber den Reparationsverpflichtungen zurücktreten zu lassen. Deutschland sollte bedenken, welch **ernste Lage** sich ergeben müsse, **wenn es seine Verpflichtungen nicht erfülle** und seine Gegner ihm böswillige Verschuldung zum Vorwurf machen könnten. Deutschland selbst sollte alles in seinen Kräften Stehende tun, um eine solche Entwicklung zu verhüten.

Hamburg, 10. November.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Hamburger Fremdenblattes" sprach sich die amtliche deutsche Stelle, die die Verhandlungen über die Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika führt, ausführlich über die fortdauernden Schwierigkeiten der Freigabefrage aus. Der Gewährsmann erklärte, es treffe zu, daß das Mitglied des Repräsentantenhauses, Green dieselbe Bill erneut im Repräsentantenhause einbringen werde, die im vorigen Jahre schon einmal angenommen wurde. Es treffe ebenfalls zu, daß die Regierung die Bill mit allen Mitteln unterstütze und besonders auf das Memorandum Gilberts und die Kapitalarmut der deutschen Wirtschaft hinweise, um die baldige Rückgabe des deutschen Eigentums zu begründen. **Er persönlich glaube aber, daß die Schwierigkeiten heute größer seien als vor einem Jahre und zwar deswegen, weil inzwischen durch den Bericht Parker Gilberts vom letzten Juni und durch den Inhalt des kürzlich veröffentlichten Memorandums die Zweifel an der Ausführbarkeit des Dawes-Planes in Kongreßkreisen erheblich gestärkt worden seien.** Die Gegner der Rückgabe wiesen bereits früher auf den Berliner Vertrag hin, der ja Deutschland zur Entschädigung der Auslandsdeutschen, deren Vermögen konfisziert worden sei, verpflichte. In dem Gilbert-Memorandum aber spiele das Reichsgesetz, das eine Entschädigung von einer Milliarde Reichsmark für die Auslandsdeutschen vorsieht, eine große Rolle. Es sei durchaus wahrscheinlich, daß die Opposition des Senats vorschlagen werde, darauf zu dringen, daß dieses Reichsgesetz auch auf diejenigen Auslandsdeutschen ausgedehnt werde, deren Vermögen durch die Vereinigten Staaten beschlagnahmt wurden. Auf diese Weise würde das beschlagnahmte Eigentum in vollem Umfange für die Entschädigung der amerikanischen Bürger, die Ansprüche erheben, frei werden. Weitere Schwierigkeiten beständen darin, daß die Mehrheit des zuständigen Senatsausschusses, vor allem dessen Präsident, Senator Smoot, nicht, wie die Green-Bill vorsehe, achtzig, sondern nur sechzig Prozent des beschlagnahmten deutschen Eigentums sofort zurückgeben wolle. Er könne versichern, daß die deutschen Interessenten sich niemals mit dieser Regelung einverstanden erklären würden, bitte aber die deutsche Oeffentlichkeit über die schwerwiegenden Schwierigkeiten zu unterrichten, die einer baldigen Rückgabe des deutschen Eigentums auch heute noch im Wege stünden.

Wie derselbe Korrespondent erfährt, hat ein Mitglied einer führenden Hamburger Schiffahrtsgesellschaft — nach unseren Informationen kommt nur Direktor Kiep, Vorstandsmitglied der Hamburg-Amerika-Linie in Frage — eine Unterredung mit Vizepräsident Dawes gehabt, in der dieser erklärte, **bei Schaffung des Dawes-Planes hätten dessen Schöpfer die Versorgung Deutschlands mit fremden Kapitalien auf Jahre hinaus vorausgesehen.** Er glaube, daß Deutschlands Industrie nach wie vor auf amerikanische Kredite angewiesen sei, da die Kapitalarmut der deutschen Wirtschaft noch lange nicht überwunden sei.